

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).  
Amtsblatt

Telegraphen-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Postdruckstelle  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 273.

Mittwoch, 24. November 1897, Abends.

50. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Verkaufspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der kais. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle Rastanienstraße 58. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

## Im Namen des Königs!

Der am 4. October 1858 zu Schmannewitz b. Dschay geborene, in Rüdberan Nr. 26 h wohnende Handarbeiter

**Johann Gottlob Hermann Bieweg**

ist wegen öffentlich begangener Verletzung eines bei dem Stadtrate zu Riesa in Pflicht stehenden Schutzmannes durch rechtskräftiges Urteil des königlichen Schöffengerichts zu Riesa vom 3. November 1897 zu

**zwei Monaten Gefängnis**

und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt worden.

Riesa, am 23. November 1897.

Das königliche Amtsgericht.

Dr. Kraner.

Im Hotel zum „Kronprinz“ hier sollen

**Montag, den 29. November 1897,**

**Vorm. 10 Uhr,**

1 Kleider- und 1 Brodschrank, 1 Spiegel, 1 Hängelampe, 3 Rohrstäbe, 1 Wanduhr und 1 Taschenuhr mit Kette gegen sofortige Bezahlung zur Versteigerung kommen.

Riesa, 23. November 1897.

Der Ger.-Vollz. beim Rgl. Amtsger.

Sehr. Eidam.

**Anzeigen** für das „Riesauer Tageblatt“ erbitten uns bis spätestens **Vormittags 9 Uhr** des jeweiligen Ausgabestages.  
Die Geschäftsstelle.

## Vom Landtag.

In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer uniersächsischen Landtages stand auf der Tagesordnung die allgemeine Vorberatung über die Königl. Dekrete Nr. 1 und Nr. 2, den Rechnungsfahrbericht auf die Jahre 1894/95, sowie den Staatshaushaltsetat und das Finanzgesetz auf die Jahre 1898/99. Hierzu ergriff zunächst Hr. Excellenz der Herr Staatsminister v. Wapdorf das Wort und gab in einleitender Rede eine Uebersicht über die günstige Finanzlage des Landes, während der letzten und der laufenden Finanzperiode, sowie über den vorgelegten Staatsetat für 1898/99, wobei u. A. das unsichere finanzielle Verhältnis des Landes zum Reich, die Vereinfachungen in der Buchung und Rechnungsführung bei den Staatsbahnen und die Aenderung in der Organisation der Staatseisenbahnverwaltung hervorgehoben wurden. Speziell führte der Herr Staatsminister eingangs seiner Rede aus, daß der vorige Etat 1894/95 mit einem Fehlbetrag abgeschlossen, der sich aber durch die Hebung von Handel und Gewerbe ausgeglichen habe. Die Entwicklung des Erwerbslebens habe man aber ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, halte vielmehr an und werde auf die Hebung der Steuerkraft und des Verkehrs nicht unwesentlichen Einfluß haben. Das Jahr 1896 anlangend, so seien in allen Ressorts günstige, theilweise sehr günstige Resultate erzielt worden. Wir haben, fuhr der Herr Minister weiter fort, in allen Staatsbetrieben im Jahre 1896 sehr günstige Resultate gehabt. Die Forstverwaltung weist einen Mehrertrag von rund 1318000 Mark auf in Folge der höheren Holzpreise. Ferner liefern Mehreträge des Steinkohlenwert Jesenroba mit 97000 Mark, die fiskalischen Gattenerwerke zu Freiberg, die allgemeine Cassenverwaltung, die direkten Steuern, Zölle und Verbrauchssteuern um 1208000 Mark bez. 727000 Mark, die Eisenbahnen um rund 7750000 Mark. Die übrigen Capital des Etats der Landesverwaltungen zeigen allerdings zum großen Theile Mindereinnahmen, die bei einigen relativ gar nicht unbedeutend sind, z. B. die Domänen und die Porzellanmanufaktur. In ihrer Gesamtheit können diese Mindereinnahmen doch nur einen schwachen Einfluß ausüben auf das Gesamtergebnis der Mehreträge der einflussreicheren Betriebe.

Namens der konservativen Partei sprach der Abg. Dr. Mehnert. Derselbe führte aus, daß die wirtschaftliche Lage des Landes für viele Kreise eine äußerst schwierige sei und es müsse Schutz und Hilfe gleichmäßiger verteilt werden. Landwirtschaft und Gewerbe sollen in friedlichem Wettbewerbs neben einander bestehen, dann dürfte aber nicht Eins mehr gefördert werden als das Andere. Wenn der Industrie der Absatz nach Außen mehr und mehr abgebrochen werde, so müsse ihr ein Absatzgebiet im Lande selbst geschaffen werden und dies geschehe, wenn die Landwirtschaft gekümmert und gefördert werde. Und wie traurig es thatsächlich in der Landwirtschaft aussieht, kann nicht genug hervorgehoben werden und es werden, wenn nicht Besserung eintritt, recht schwere, recht bedenkliche Zeiten für dieselbe berechnen. Mehnert kommt hierauf auf die einzelnen Capital des Etats zu sprechen und hofft, daß ein wirtschaftlicher Ausgleich zu Stande kommen möge. Eine Steuerreform hält Mehnert für unbedingt nötig, um Ordnung zu schaffen. Mit den neuen Steuern, die erst im Jahre 1900 zur Einstellung kommen sollen, kann der jährige Etat nicht rechnen, daher ist aber alle nur mögliche Ersparnis bei denselben geboten. Zu den geplanten neuen Eisenbahnbauten spricht Mehnert Namens seiner Partei seine volle Zustimmung aus, da damit dem platten Lande gedient werde. Bezüglich der Umbauten von Bahnhöfen müsse von Fall zu Fall erwogen und nur das Nothwendigste ausgeführt werden. Es müsse aber auch der Verkehr nach dem platten Lande gefördert werden und nicht aller Verkehr in den Hauptstädten concitriren. Zu dem Capital „Bauten“ im außerordentlichen Etat bemerkt der Herr Mehnert, daß sich bei einzelnen der ausgeworfenen Summen (Schwere Bedenken erheben haben und Abstriche gefunden werden und gemacht werden müssen. So empfiehlt er die Ablehnung eines Neubaus der Dresdner Kunstgewerbeschule. Ferner äußert sich der Herr Mehnert noch über den Bau des neuen Lotteriegeläudes und das geplante Dresdner Fernheizwerk und ist enttäuscht über den geringen Ertrag der Freiburger Erzbergwerke. Es sei jedenfalls besser, wenn der Betrieb eingestellt werde und die Bergarbeiter der Landwirtschaft zugeführt würden. Bezüglich der Gehaltsvorlage für die Eisenbahnbeamten könne er sich heute noch nicht äußern, doch stellt er eine wohlwollende Prüfung der Vorlage in Aussicht. Die Beamten möchten nur ihr Vertrauen zur Regierung nicht fallen lassen. Bedauerlich sei die Ueberbürdung einzelner Beamtenklassen bei der Eisenbahn, und es sei als ein Wunder anzusehen, daß z. B. bei 22 Stunden Dienstzeit nicht mehr Unglück passire. Die Steuerfrage betreffend, erklärt der Herr Mehnert, daß gegen die jetzige Steuer-einschätzung im Lande großes Mißbehagen herrsche und daß den Herren Einkümmern vielfach der Vorwurf gemacht werde, nicht objectiv genug zu Werke zu gehen. Sodann streift Mehnert noch die Frage der Aufbesserung der Gehälter der Lehrer und verspricht auch hier eingehende Prüfung der Frage. Schließlich wendet sich der Herr Mehnert noch gegen den zu großen Luxus bei den Regierungsgebäuden und bittet die königliche Staatsregierung doch in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehlen und billiger sein würde, solche Gebäude durch Privatbaumeister unter staatlicher Aufsicht ausführen zu lassen. Jedenfalls würde hierbei manche Ersparnis gemacht werden.

Vizepräsident Georgi-Wylau (Nationalliberal) erklärte, daß seine Partei allezeit bereit sein werde, bei nothwendigen Krisen der Bevölkerung behilflich zu sein, soweit es die Mittel erlauben und die Gerechtigkeit gebietet. Das Bedürfnis einer Aufbesserung der Gehälter erkennt Mehnert ebenfalls an und ist er freut über die diesbezüglichen Vorschläge. Ebenso sei es ersichtlich, daß die Staatsregierung die Absicht habe, gewisse Arbeiter-Categorien dadurch zu berücksichtigen, daß sie unbesoldete, fleißige und treue Mitarbeiter derselben allmählich in höhere Stellen einrücken lasse.

Abgeordneter Uhlmann-Stollberg (Fortschr.) erklärte mit Befriedigung, daß der Etat bezüglich der Leugnerwerk-schulen den Wünschen vieler Interessenten entgegenkomme. Die im neuen Etat enthaltene Gehaltssteigerung der Lehrer an Staatslehranstalten begrüßte Mehnert ebenfalls mit Freuden. Weiter nimmt der Herr Mehnert Veranlassung, auf die anderen Vorlagen bezüglich der geplanten Baulichkeiten näher einzugehen und hofft, daß mit einer Reorganisation der Bauordnung künftig manche Verschleppung bei Staatsbauten vermieden werde. Ob alle die geplanten Neubauten wirklich notwendig sind, will Mehnert dahingestellt sein lassen, wo aber sich die Nothwendigkeit derselben herausstellt, so sind dieselben, vielleicht bei einigen möglichen Abschreibungen, zu bewilligen. Die veranschlagten Eisenbahn-Neubauten anlangend, erklärt sich Mehnert mit denselben einverstanden, freut sich auch, daß die Regierung einen Versuch mit einer elektrischen Bahn machen will.

Hr. Goldstein (Soz.) kam zunächst auf die allgemeine Lage im Lande zu sprechen. Sodann erörterte der Herr Mehnert in längeren Ausführungen das finanzielle Verhältnis zum

Reich und wünscht, daß die Regierung beim Bundesrat für Finanzreformen vorstellig werde. Mehnert beklagt, daß die Staatsschulden immer mehr wachsen und hofft, daß die Herren, die heute noch zu einer Anleihe von 48 Millionen zu sagen, bald dahin kommen werden, zu fragen: „Wo soll das hinkommen?“ Man möge sich nicht zu sehr auf die Mehreinnahmen aus den Eisenbahnen stützen, denn auch hier könne einmal ein Rückschlag eintreten. Daß man die Beamten, namentlich die Unterbeamten im Gehalte aufbessern wolle, sei sehr erfreulich. Daß man zur Aufhebung des Erzbergbaues werde schreiten müssen, glaubt Mehnert auch, nur hofft er, daß dann für die brotlos werdenenden Bergleute entsprechend andere Beschäftigung geschaffen werde. Bezüglich der übrigen Capital erklärt Mehnert, daß ihm alle Positionen als zu hoch veranschlagt vorkommen. Für Wegeverbesserungen sei ebenfalls zu wenig eingesetzt worden (450000 Mk.), er hätte gern eine Million hierfür eingesetzt; ebensowenig soll an den Schulen gespart werden. Gehaltsfragen und Ordenskanzlei seien überflüssig und werde seine Partei hiergegen stimmen, ebenso gegen die ausgesetzte Apanage von 50000 Mark jährlich für den Prinzen Albert. Bei den Staatsbauten könnten ganze Millionen gespart werden, wenn die Staatsbauten unter eine gewisse Kontrolle gestellt werden. Auch der Reform der directen Steuern und der Einkommensteuer werde seine Partei näher treten, bezüglich der Einkommensteuer zur Einkommensteuer, wie sie jetzt gehandhabt wird, stimme er mit dem Abgeordneten Dr. Mehnert überein. Zum Schluß wendet sich der Mehnert gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Mehnert bezüglich der noch lebenden Landwirtschaft und hofft, daß die Wahlrechtsänderung gerade das Gegentheil erzielen werde, was man von conservativer Seite erhofft.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 24. November 1897.

In der gestern Abend stattgehabten öffentlichen Stadtverordnetenversammlung waren anwesend 16 Mitglieder des Kollegiums und zwar die Herren Barth, Barthel, Berg, Braune, Donath, Förster, Frischauf, Hammitzsch, Müller, Nitzsche, Pieschmann, Richter, Schüge, Starke, Thalheim und Thost; entschuldigt waren ausgeblieben die Herren Feldner und Dr. Wende. Als Rathsdemutanten wohnte Herr Bürgermeister Boeters der Sitzung bei. Unter Leitung des Vorsitzenden des Kollegiums, Herrn Rentant Thost, gelangten nachfolgende Gegenstände zur Beratung und resp. Beschlußfassung:

1. Die Wahl zweier Rathsmitglieder an Stelle der mit ultimo d. J. aus dem Rathskollegium ausscheidenden Herren Stadtrathe Feidler und Bretschneider gelangte mittels Stimzettel zur Vornahme. In beiden Wahlgängen wurden die ausscheidenden Herren fast einstimmig wieder gewählt, indem auf jeden derselben 15 Stimmen entfielen.

2. Auf eine Bitte des evangelischen Afriavereins um Abnahme einer Anzahl Loose zu der vom genannten Verein entrichteten Lotterie zum Zwecke der Unterstützung evangelischer Christen in Ostafrika, oder aber Gewährt einer Beihilfe zur Unterstützung dieses Unternehmens hat der Rath beschlossen, 25 Mark als einmaligen Beitrag zu bewilligen und diesen Beitrag dem Dispositionsfond zu entnehmen. Kollegium wird ersucht, diesem Rathschlusse beizutreten. Der Beitritt erfolgt einstimmig.

3. Der vom Rath nach dem Beschlusse des Kollegiums abgeänderte Entwurf eines Pacht- und eines Kaufvertrags zwischen der Stadtgemeinde Riesa und dem Pächter der Ritterguts-